

Seite 17
 Firmen
 macher Müller
 Zigaretten
 J. J. Wächter
 bote kauf
 ort
 zeuge
 weine

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden
 Schriftleitung: Wettinplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
 Geschäftsstelle: Wettinplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.
 Anzeigenpreis: Grunbrette: die 20 mm breite Kompartimente 30 Pf., die 90 mm breite Reklamette 1,50 M., für aufzählende Anzeigen 36 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Reisegebühren 40 Pf. Proq. Rabatt. Für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 165 Dresden, Montag den 19. Juli 1926 37. Jahrg.

Der Machtkampf um den Frank

Seine Diktaturvollmacht an Caillaux — Rücktritt Briands — Die Sozialisten gegen Regierungsbeteiligung, aber für Unterstützung Herriots

P. Paris, 17. Juli. (Eig. Drahtf.)

Die Kammer hatte am Sonntag nachmittag mit der Abstufung des Caillaux'schen Ermächtigungsgesetzes begonnen. Damit war eine der denkwürdigen Seiten in der Geschichte des französischen Parlamentarismus eingeleitet. Nämlich die Kammer den Regierungsentwurf an so verzögerte sie freiwillig auf sechs Monate und vielleicht länger auf ihre neigenen Rechte und Pflichten und überließ Caillaux auf Grund der verlangten distanzierenden Vollmacht die freiliche Verfügung über Frankreichs innenpolitischen und wirtschaftlichen Verwaltungsapparat. Die Verhinderung der bürgerlichen Abgeordneten war zunächst fast unerschütterlich, nach welcher Richtung hin sie sich entscheiden sollten. Nur die Sozialisten, von den Kommunisten abgesehen, hatten sofort zur Stellung genommen. Beide Parteien hatten die Caillaux'schen Vollmachtsgesetze mit allen Kräften bekämpft. Die Radikalen waren, wie immer, gespalten.

Dah es um nichts anderes als den Bestand des französischen parlamentarischen Regimes ging, wurde der Antrag zur Eröffnung der Sitzung durch einen bescheidenen Vorschlag Briands durchgezogen. Herriot hatte diesem nicht auf dem Parlamentarismus, sondern auf seinem Abgeordnetenamt Vorschlag gemacht. Sofort betrug er die Tribüne und erklärte, nicht als Abgeordneter, sondern als Präsident der Kammer das Wort zu ergreifen, deren Pflichten und Rechte durch Caillaux unterbunden werden sollen. In heftigen Worten beschwor er die demokratischen Parteien, die Vollmachtsgesetze abzulehnen. Die Finanzministerung dürfe nicht gegen oder ohne das Parlament, sondern nur in loser Zusammenarbeit mit der Kammer durchgeführt werden. Die Steuerbewilligung sei eine Prädikation, die das Parlament nicht das Recht habe, jemand zu erteilen. Das Parlament sei nicht souverän, das Land allein sei souverän. Es sei sehr wohl, daß eine Stabilisierung der Währung in ihren Einzelheiten nicht geregelt werden kann. Aber es besteht ein Abgrund zwischen den für die Regierung notwendigen Arbeiten und den Übertragungsberechtigungen, die er fordert. Weder der Ministerpräsident noch der Finanzminister kann beauftragt werden, sein guter Republikaner zu sein. Aber es ist doch möglich, daß später an ihrer Stelle Männer treten werden, die einen Mißbrauch mit der Vollmachtsgesetze werden werden, die man ihnen überträgt.

Ich kann das Kammerpräsidenten nicht weiter führen, wenn die Rechte der Kammer vernachlässigt werden.

Panische Flucht vor dem Frank

Im übrigen kam es, als Herriot vor dem Einsetzen vorzuführen, zu einer bescheidenen Fundierung des Spielbühnenpublikums. Vor den Toren des Hofes hatte sich eine Menschenmenge eingefunden, die neugierig auf Ereignisse wartete. Als das Automobil des Kammerpräsidenten Herriot vorfuhr, erscholl aus der Menge ein wildes Toben und Pfeifen, gemischt mit Rufen: „Nieder mit Herriot!“ Starke Polizeikräfte griffen sofort ein. Es kam zu unblutigen Zusammenstößen. Die Vorgänge des Hofes werden jedoch von Neugierigen freigegeben.

Diese Kundgebung ist für die in Paris deutlich fühlbare Sorge bezüglich der in weiten Kreisen der französischen Bevölkerung angeht, die plötzlich heringerufenen Krise herrscht, von der man eine Verstärkung der Frankfrise befürchtet.

Herriot hat sofort die erforderlichen Verhandlungen zur Kabinetsbildung aufgenommen und ist über den Ausgang ziemlich optimistisch. Er hat sich im Laufe des Sonntags telefonisch mit dem von Paris abwesenden Poincaré und andern politischen Persönlichkeiten, die das Wochenende auf dem Lande verbringen, in Verbindung gesetzt. Das scheint darauf hinzudeuten, daß er für Poincaré einen wichtigen Posten, selbstverständlich nur denjenigen der Finanzen, in seinem eventuellen Kabinett vorzieht. Über die Antwort Poincarés liegt noch keine Nachricht vor. Bei der letzten Regierungskrise hat Poincaré Herriot als Stellvertreter für den Finanzminister geordnet, ähnlich wie Caillaux. Herriot hat sich aber auch noch an andere reaktionäre Politiker, wie Poincaré, usw., gewandt. Ob das nur zur Erkundung der Haltung der Medien geschieht, wird man bald erfahren.

Die Einigkeit in der Kammer ist zerbrochen. Man bemerkt allgemein, daß auch die Radikale lebhaft applaudierte. Briand griff ein. Unter Zuzugabe der Kammer, jedes Wort deutlich besonnd, antwortete er Herriot. Er bedauerte, daß die Intervention Herriots ihm dem „tragischen Duelle“ zwischen einem Kammerpräsidenten und einem Ministerpräsidenten aussetze. Niemand könne ihn den Vorwurf mangelnden Republikanismus machen. Er wolle durch die Vollmachtsgesetze nicht das Parlament schwächen, sondern dessen Rechte vor dem Lande im Gegenteil erhöhen. Die Zukunft Frankreichs werde auf dem Spiel. Es wäre verwerflich, im gegenwärtigen schwierigen Augenblick in leeren Diskussionen Zeit zu verlieren. Er verziehe nicht, warum die französische republikanische Kammer etwas ablehne, was die belgische sozialistische Kammer anstandslos bewilligt habe.

Briand fand hierin den Vorfall auf zahlreichen Bank. Nach dieser etwas dümmlichen Einleitung ging die Kammer zur Abstufung des Regierungsentwurfs über. Doch bald wurde entgegen der Erwartung die Generaldiskussion geschlossen und man schritt zur Abstimmung.

Ein Nachtragen zwischen Besitz und Arbeit

Die Krise, die durch den plötzlichen Sturz des zehnten Kabinetts Briand ausgebrochen ist, gibt dem gewaltigen Ringen zur Rettung der Finanzen abermals fünfjährigen Ausdruck. Alle Mittel, die unsichere parlamentarische Wechsellagen der bisherigen Regierungen wechselweise zugelassen, den Frank und damit das Wirtschaftsleben in letzter Minute vor dem Abgrund zu retten, sind erschöpft worden. Jetzt wolle Caillaux diktatorische Vollmachten — und griff damit das demokratische Regierungsprinzip selbst an. Das wurde ihm zum Verhängnis. Wie er die Vollmachten sechs Monate lang hätte handhaben wollen, war nicht klar ersichtlich, hätte auch von den Umständen abgesehen, wäre aber sicherlich ins Unheilvolle umgeschlagen, denn der Appell kommt bei derartigen Zuständen mit dem Eifen. Jedenfalls hätte das schaffende Volk alle Kosten der Sanierung aufzubringen bekommen.

Die Sozialisten haben von vornherein ein bestimmtes Finanzprogramm vorgezogen und dafür heftig gekämpft. In ihm ist die Kapitalabgabe der Zentralfern. Hier aber verlagern alle bürgerlichen Parteien. Und wenn jetzt Herriot die Regierung bildet, so wird er sich höchstens zu einer Annäherung an sozialistische Einzelvorschläge, nicht an die Kernfrage, verstehen, was das sozialistische Finanzprogramm nur ausböhlt, nicht erfüllt. Folglich ist die Teilnahme an einer Regierung Herriot wohl für die Sozialisten nicht möglich. Daß sie selbst die Regierung übernehmen und nur einige bürgerliche Minister fungieren, scheint wohl an den Verhältnissen vor allem an einer fehlenden Kammermehrheit. Sie würden ihr Programm mit dieser Kammer nicht durchführen können, wären also auf den Weg diktatorischer Maßnahmen angewiesen. Daß sie im besten Falle den Verfall der französischen Währung doch nicht aufhalten könnten, würden ihnen die mächtigen Kräfte der kapitalistischen und finanziellen Interessenten und Machthaber beweisen. Sie sind heute noch die Stärkeren.

Deshalb ist es schicklich gesehen nur logisch, wenn bürgerliche Parteien jetzt die Verantwortung für das Kommenne tragen, das freilich für das schaffende Volk entlieglich genug sein wird. Aber daß die Sozialisten Anteil an der Verantwortung für eine Politik tragen sollten, die nur zum Schein vernünftig, in Wahrheit aber reaktionär und belostend für das Volk wäre, würde sich an ihrer eigenen Entwicklung rächen. Bleibt also wohl nur eine Politik der Unterstützung für das Kabinett Herriot, sofern es gewillt ist, eine Finanzlösung halbwegs gegen rechts, gegen den Besitz, gegen die Kapitalmacht zu versuchen. Es wird auf Herriot und seinen Finanzminister ankommen, wie weit die Sozialisten ihn dulden und ihre Unterstützung leisten können. Jederfalls erschüttert das Ringen in Frankreich jetzt die Grundfesten der Demokratie und löst sich auf den reinen Machtkampf zwischen den Interessen des Besitzes und der Arbeit zu.

Der Beschluß der Sozialisten

Von unserem Pariser Korrespondenten

P. Paris, 19. Juli. (Eig. Funkpost.)

Als am Sonntagabend das Kabinett Briand-Caillaux durch eine Mehrheit aus Sozialisten, Kommunisten, Radikalsocialisten, dem Nationalen Volk und Vertretern der alleräußersten Rechten gestützt war, wurde in den Wandelgängen der Kammer keine Frage eifriger erörtert als die des

Eintritts der Sozialisten in die neue Regierung.

Die Rolle, welche die sozialistische Fraktion in der Finanzdebatte gespielt hat, war so groß, der Eindruck, den das

Der Sturz

Es wurde zunächst darüber abgestimmt, ob die Kammer die Einreichung des Ermächtigungsgesetzes beraten wolle. Die Kammer lehnte mit 288 gegen 243 Stimmen die Einzelberatung des Vollmachtsgesetzes ab. Da an diese Abstimmung das Vertrauenstimmen geknüpft war, so erteilt die Regierung Briand-Caillaux eine Niederlage und mußte zurücktreten. Sofort nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses zog sich die Minister zurück, um das Rücktrittschreiben abzufassen, das noch im Laufe der Nacht dem Präsidenten der Republik Doumergue überreicht wurde. Er nahm den Rücktritt an.

Die Zeugniszwangsfolter abgestellt

Der einmütige und scharfe Protest der Öffentlichkeit gegen das mit Haft und Geldstrafe durchzuführende Zeugniszwangsverfahren gegen den Schriftsteller Lantia hat Erfolg gehabt. Die angebotene Haft wie die bereits verhängte Geldstrafe werden aufgehoben.

Wie wir erfahren, hat auf die Reklamation des Genossen Rechtsanwalts B. Bedi, beim preussischen Justizminister die zehnjährige Coercitioinvoluntaria in Halle den Untersuchungsrichter beauftragt, die Haftbefehl aufzuheben und das Untersuchungsgericht Charlottenburg, das von Halle aus um die Durchführung der Haft ersucht war, davon verständigt. Zugleich ist wegen der bereits verhängten Geldstrafe von 100 Mark der Beauftragte für Untersuchungen am Landgericht III, Charlottenburg, ersucht worden, darüber zu berichten, ob die bereits rechtskräftig gewordenen Geldstrafen auf dem Gnadenwege aufgehoben werden kann; bis zur Entscheidung darüber ist das Amtsgericht Charlottenburg beauftragt, die Entziehung der Geldstrafe zu unterlassen.

Mit dieser Anordnung des preussischen Justizministers hat ein Justizskandal ein unerwünschtes Ende gefunden, der die Öffentlichkeit in hohem Maße erregte. Zugleich aber ist mit der Entscheidung des Justizministers der Grundsatze als gültig angesehen worden, daß im Allgemeinen ein Interesse der Staatsbürger der Journalist, wie der Arzt oder Anwalt, ein Zeugnisverweigerungsrecht haben soll. Dieser Grundsatze ist zwar nicht geltendes Recht in der Strafrechtsprechung. Aber seine Anwendung schafft für die forwende Strafrechtsreform einen wichtigen Präzedenzfall.

Erfolgreiche sozialdemokratische Obstruktion

A. Wien, 17. Juli. (Eig. Drahtf.) Die Taktik der Sozialdemokraten, die jeden Schritt mit der Regierung zu vermeiden, solange der Verbruch, den die Regierung durch die Abstimmung des Kompromisses in der Schulfrage begangen hat, nicht ausgeglichen ist, hat nun endlich Erfolg gehabt. Am Sonntag hat der Unterrichtsminister, Dr. Niemöller, die Vertreter der Sozialdemokraten zu sich geladen und ihnen mitgeteilt, daß er sich entschlossen habe, die Verwendung des früheren Unterrichtsministers, durch die der Lehrplan für ganz Österreich liberalfiziert werden sollte, nicht durchzuführen, sondern die Verhandlungen aufzuschieben und Verhandlungen mit den Sozialdemokraten über einen neuen Lehrplan einzuleiten.

Eine neue Korruptionsaffäre wurde von dem Organ der bürgerlichen Beamtenverbände aufgedeckt. Das Wort fiel mit der dem letzten Stand der Zentralbank der früheren sozialistischen Finanzminister Dr. Kliewerd für die Vermittlung des Ankaufes der verstaatlichen Postverwaltung mit der Zentralbank eine Provision von 70 000 Schilling (etwa 40 000 Mark) erhoben hat.

Herriot bei der Kabinetsbildung

P. Paris, 19. Juli. (Eig. Funkpost.) Der für die Öffentlichkeit etwas unerwartete Sturz des Ministeriums Briand-Caillaux wird am Sonntag in der gesamten Vorkampressen Frankreichs als ein ausgesprochener Sieg des republikanischen freien Gewissens über die Finanzergelüste des Finanzministers Caillaux gefeiert. Alle Parteien behaupten, daß jetzt, wo die Kammer für die demokratischen Parteien frei sei, der Präsident Doumergue möglichst schnell die Kräfte lösen und einen unverrückbar demokratischen Mann mit der Kabinetsbildung beauftragen müsse. Dieses Mandat müsse, so wird insbesondere in der sozialistischen und der bürgerlichen Vorkampressen betont, möglich ein Kabinett der „nationalen Einheit“ sein. Im übrigen scheinen sich aber die Wähler über die Schwierigkeiten dieser Demination wenig Rechenschaft abzugeben. Sie scheinen vor allem darauf zu verweisen, daß die Bildung eines Kabinetts der „nationalen Einheit“ von mehreren Vorgängern Briands hergeleitet werden müsse. Doumergue scheint an sich der Überzeugung zu sein, daß die Politik der Währungsreform eine möglichst rasche Lösung anstreben. Er hat Sonntag morgen Herriot neben zahlreichen andern Persönlichkeiten eingeladen.

Herriot mit der Kabinetsbildung betraut. Herriot hat diesen Auftrag angenommen.

Bauernfängerpolitik

Alle Welt klagt über die hohen Neubauwämien, und zwar hört man die Klagen noch mehr in bürgerlichen als in Arbeiterkreisen. Für die in die meisten Neubauwämien sowieso zu teuer sind. Um nun ihren Anhängern Sand in die Augen zu streuen, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der von der Reichsregierung verlangt, die unerträgliche Verteilung der Neubauwämien durch Maßnahmen auf dem Gebiete der Reichssteuer zu mildern und zu diesem Zwecke eventuell einen „Belegentwurf“ vorzulegen.

Der Antrag der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist nichts als ein plumper Schwindel. Jemande vernünftige Idee, wie mit Hilfe der Reichssteuer die Neubauwämien gelindert werden sollen, wissen die Bauernfänger selbst nicht. Hätten sie eine solche Idee, würden sie sie mitgeteilt haben. Für die Senkung der Neubauwämien kann nur die Hauszinssteuer in Frage kommen, und bei der Frage der Hauszinssteuer haben die Deutschnationalen so gut wie alles getan, um eine Verbilligung der Wohnungen hinzuhalten. Weil seinerzeit der Reichsfinanzminister v. Schlieffen nur die teilweise Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau zuließ, muß von der Hauszinssteuer die Hälfte für den Finanzbedarf verwendet werden. Wer eine Verbilligung des Wohnungsbaus und damit eine Verbilligung der Mieten herbeiführen will, der muß deshalb erst die Sünden der Finanzpolitik des deutschnationalen Herrn Reichsfinanzministers v. Schlieffen wieder gutgemacht haben.

Herriot mit der Kabinetsbildung betraut. Herriot hat diesen Auftrag angenommen.